

Was darf die Armee kosten?

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen**

Band (Jahr): **43 (1970)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-563646>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was darf die Armee kosten?

Der sozialdemokratische Angriff auf die Militärausgaben

Das Weissbuch 1970 «Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr», das vom deutschen Bundesverteidigungsministerium jüngst publiziert wurde, enthält folgende Sätze zur Bedrohung: «Dennoch ist nicht zu leugnen: In Mitteleuropa unterhält der Warschauer Pakt wesentlich stärkere konventionelle Streitkräfte als die NATO. Sie sind weit stärker, als dies für die Abwehr eines Angriffs aus dem Westen nötig oder für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft erforderlich wäre. Die Existenz solch riesiger Streitkräfte darf nicht als Bluff betrachtet oder behandelt werden. Zudem erhöhen die Sowjetunion und ihre Verbündeten – anders als der Westen – ihre Verteidigungsanstrengungen von Jahr zu Jahr weiter. Es gibt kein konventionelles Gleichgewicht in Zentraleuropa.» Diese nüchterne Beurteilung macht sich eine sozialdemokratische Regierung zueigen; sie bildet das Ergebnis einer eingehenden, von einem sozialdemokratisch geführten Ministerium unseres nördlichen Nachbarn vorgenommenen Lageanalyse. Sie steht in denkbar schärfstem Gegensatz zur Forderung des Parteitages der schweizerischen Sozialdemokraten von Ende Juni, die Militärausgaben seien um 20 Prozent zu kürzen.

Ignoranz der Vater des Gedankens?

Billigt man auch den Kräften in der vorgenannten Partei, die diesen sachlich unhaltbaren Beschluss durchgedrückt haben, den guten Glauben zu, so lässt sich dieser Vorstoss nur durch grobe Unkenntnis der bestimmenden sicherheitspolitischen Faktoren erklären.

Die Entfernung von der Grenze der Tschechoslowakei, die seit dem russischen Überfall vom August 1968 wieder mit sowjetischen Grossverbänden belegt ist, zu unserem Land beträgt minimal 350 km. Manöver der letzten Jahre haben bewiesen, dass sowjetische Panzerverbände in der Lage sind, in einem Zug Stösse über eine Distanz von nahezu 200 km zu führen. In dem für uns relevanten Abschnitt Europa Nord/Mitte hat der Warschauer Pakt 30 Panzerdivisionen und 35 mechanisierte Divisionen stehen, davon 39 russische Grossverbände (gemäss «The Military Balance 1969/70» des Londoner Institute for Strategic Studies). Eine russische Panzerdivision umfasst mehr als 300 Kampfpanzer, eine mechanisierte Division mehr als 200 Panzer. Dieser gewaltigen Landarmee, die von den Sowjets rasch durch weitere Divisionen verstärkt werden kann – insgesamt haben die Sowjets rund 140 Divisionen – stehen im gleichen Raum, mit den französischen Truppen, 26 NATO-Divisionen gegenüber. Der obgenannten Quelle zufolge verfügt der Warschauer Pakt hier über 12 500, nach dem Weissbuch der Bundesregierung gar über 13 650 Kampfpanzer, denen auf westlicher Seite 5250 Kampfwagen gegenüberstehen.

Wenn die Lage in Europa heute dennoch als stabil beurteilt wird, so wegen der Präsenz der Vereinigten Staaten, ihres gewaltigen Atompotentials und, nicht zuletzt, wegen des Vorhandenseins sehr beträchtlicher taktisch-operativer nuklearer Mittel. Im europäischen NATO-Gebiet stehen insgesamt 7000 Atomladungen bereit, die von über 2000 Raketen oder Flugzeugen eingesetzt werden könnten. Diese Mittel schrecken ab, denn ihr Einsatz beschwört die Gefahr einer atomaren Eskalation herauf. Immerhin ist nicht sicher, ob der US-Präsident, der sie freigeben müsste, im Ernstfall die Risiken auf sich nehmen würde, die mit dem Einsatz von Atomwaffen zugunsten Europas für das amerikanische Heimatgebiet verbunden wären. Überdies droht die amerikanische Garantie mit dem sich abzeichnenden Abbau der US-Truppenpräsenz in Europa durchlöchert zu werden. Die USA aus Europa zu verdrängen und damit den eigenen Handlungsspielraum zu vergrössern ist, nebenbei gesagt, eines der Hauptziele der famosen «Sicherheitskonferenz», die Moskau einberufen möchte. Und an deren Zustandekommen sollten wir nach Auffassung gewisser sozialdemokratischer Politiker mitwirken! Wir wollen diesen Wunsch wohlwollend ebenfalls mangelnder Sachkenntnis zuschreiben.

Kostet die Armee zuviel?

Die Forderung der Mehrheit des sozialdemokratischen Parteitages nach einer Herabsetzung der Militärausgaben zeugt nicht allein von einem leichtfertigen Verkennen der potentiellen Bedrohung; sie lässt sich auch angesichts des tatsächlichen Umfangs unserer Wehraufwendungen in keiner Weise rechtfertigen.

Der Anteil der Ausgaben des EMD am Bruttosozialprodukt ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Auch deren Anteil an den Bundesausgaben oder an den gesamten schweizerischen Staatsausgaben schrumpft. 1969 machten sie bei einem Bruttosozialprodukt von 80 Milliarden Franken mit 1,761 Milliarden nur 2,2 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Auch wenn man die Aufwendungen der Wirtschaft in Form von Lohnzahlungen (rund 500 Millionen), die Ausgaben des Bundesamtes für Zivilschutz (135 Millionen) sowie die der Kantone (etwa 40 Millionen) berücksichtigt, kommt man für das letzte Jahr nur auf 3,045 Prozent des Bruttosozialprodukts. Staaten, die erheblich weniger reich sind als wir und die auch demokratisch regiert werden, geben mehr aus für ihre Verteidigung.

Wer unter solchen Umständen die Militärausgaben einfach so um 20 Prozent reduzieren will, kennt entweder die Realitäten der Welt, in der wir leben – trotz Nahost-Konflikt, Vietnam-Krieg und Vergewaltigung der CSSR nicht – oder er will sein Land kampfflos einem allfälligen Aggressor preisgeben.

Dominique Brunner